

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

SPD vor CDU/CSU

Die deutschen Sozialdemokraten (SPD) liegen nach Angaben des monatlichen «Polit-Barometers» des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) in der Gunst der Wähler zurzeit mit 46 Prozent vor den Unionsparteien CDU/CSU. Diese erreichten in der zweiten Hälfte Februar 42 Prozent. FDP und Grüne stehen beide bei je 6 Prozent. SPD und FDP erhöhten im Vergleich zum Januar um je 2 Prozent, während die Union 4 Prozent verloren haben und die Grünen stehengeblieben sind.

Kritik am nordirischen Generalstreik

Am Dienstag morgen herrschte in der nordirischen Provinz nach dem Generalstreik vom Montag wieder Ruhe. Der britische Minister für Ulster, Tom King, hat in London die Gewaltanwendung während des Streiks scharf kritisiert. Es sei ein Wunder, dass niemand getötet worden sei. Gestreikt wurde aus Protest gegen das Nordirland-Abkommen zwischen Grossbritannien und der Republik Irland.

Aufhebung der Rassentrennung verlangt

Die Stadtväter der südafrikanischen Hafenstadt East London wollen die Rassentrennung in Wohngebieten aufheben und alle Stadtteile für Bürger aller Rassen öffnen. Das hat am Dienstag Bürgermeister Joe Yazbek bestätigt. Vom Minister für Verfassungsfragen, Chris Heunis, wurde postwendend geantwortet, dass die Rassentrennung nach wie vor amtliche Regierungspolitik sei. Die Stadt beherbergt 100 000 Weiße. Die Schwarzensiedlung Umtanzani daneben jedoch 300 000 Schwarze.

Mehreinnahmen durch Heizöl-Zoll

Die Beschlüsse des schweizerischen Bundesrates zur Erhöhung des Zollsatzes beim Heizöl und die WUST-Erhöhung beim Treibstoffzuschlag bringt auch für die liechtensteinische Staatskasse Mehreinnahmen.

Der WUST-Anteil auf den Treibstoffzuschlag, der für das Jahr 1986 mit 28.1 Millionen Franken budgetiert worden ist, erhöht sich um rund 350 000 Franken. Die höheren Zölle für Heizöl und Erdgas werden die liechtensteinischen Zollrückstellungen, die im Budget 1986 mit 16.4 Millionen Franken aufscheinen, um 1.050 Millionen Franken ansteigen lassen.

Aus beiden Massnahmen, die der schweizerische Bundesrat getroffen hat, resultieren für unser Land also Mehreinnahmen von 1,4 Millionen Franken.

Erbprinzenpaar am japanischen Kaiserhof

(pafl) - Auf Einladung der japanischen Regierung halten sich seine Durchlaucht Erbprinz Hans Adam und Ihre Durchlaucht Erbprinzessin Marie von und zu Liechtenstein vom 17. bis 22. März 1986 zu einem Besuch in Japan auf. Während des Aufenthaltes trifft das Erbprinzenpaar mit der Familie des japanischen Kronprinzen zusammen. Im Rahmen des offiziellen Besuchsprogrammes sind auch Gespräche mit Premierminister Nakasone und hohen Regierungsbeamten vorgesehen. Der Besuch Seiner Durchlaucht des Erbprinzen in Japan ist Ausdruck der traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und dem Fürstentum Liechtenstein.

Auch die «Freie Wählerliste» will Staatsgelder

Auszahlung der staatlichen Beiträge an die politischen Parteien anfangs März

Die Auszahlung der staatlichen Beiträge an die politischen Parteien erfolgt nach dem Parteiförderungsgesetz in zwei Halbjahresraten anfangs März und anfangs September. Die beiden traditionellen Parteien in unserem Land, die FDP und die VU, haben ihre Anträge bei der Regierung bereits eingereicht. Die «Freie Wählerliste» will sich, wie auf Anfrage zu erfahren war, ebenfalls um den staatlichen Beitrag bemühen.

Den politischen Parteien werden nach dem Parteiförderungsgesetz aus dem Jahre 1984 für «Zwecke der politischen Bildung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Mitwirkung an der politischen Willensbildung» finanzielle Beiträge ausgerichtet, wenn sie entweder im Landtag vertreten sind oder bei den letzten Landtagswahlen in beiden Wahlkreisen aufgetreten sind und dabei zwar kein Mandat, jedoch mindestens drei Prozent der abgegebenen Wählerstimmen als Parteisumme im ganzen Land erreicht haben. Die gesamte Förderungssumme des Staates beläuft sich auf 180 000 Franken, wovon 150 000 Franken nach der Sitzzahl im Landtag zur Verteilung gelangt. Die Restsumme von 30 000 Franken wird den Parteien zu gleichen Teilen zugewiesen, wenn sie - wie erwähnt - wenigstens drei Prozent der Parteistimmen erreicht haben.

Alle gleich viel

Dem Vernehmen nach wurde dieser Restbetrag, von dem die beiden Parteien FDP und VU im letzten Jahr noch die Hälfte erhalten haben, in drei Teile zerlegt, damit bei einem allfälligen Antrag der «Freien Wählerliste» auf staatliche

Unterstützung alle drei politischen Gruppierungen gleich viel - also 10 000 Franken - erhalten werden. Ob die von der Regierungspartei als «Bunte» apostrophierte «Freie Wählerliste» diese Förderungsmittel tatsächlich erhält, hängt von der Entscheidung der Regierung ab. Die Regierung kann, so der Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen, die Ausrichtung von Beiträgen von der Vorlage «genehmigter Statuten, Jahresrechnungen sowie Unterlagen über die Zielsetzung und Tätigkeit der politischen Parteien abhängig machen.»

Partei oder nicht?

Die «Freie Wählerliste» bezeichnet sich, wie zwei Exponenten auf Anfrage erklärten, als ein Verein, der über die entsprechenden Statuten verfügt. Als politische Vereinigung will die «Freie Wählerliste» nach ihren Statuten einen besonderen Einsatz zum Schutz der Umwelt, für die Gleichstellung von Mann und Frau, für soziale Gerechtigkeit und eine demokratische Gesellschaft leisten. Als Partei im üblichen Sinne möchte die «Freie Wählerliste» jedoch nicht bezeichnet werden. In einem Interview mit dem St. Galler Tagblatt formulierten ihre Repräsentanten vor den Wahlen: «Eine Partei wäre für uns ein zu starrer Rahmen. Unsere Politik lebt von Impulsen, die aus den einzelnen ausserparlamentarischen Arbeitsbereichen kommen.»

Neue Wege gehen

Die «Freie Wählerliste» will in ihrer politischen Arbeit, die sie auf jeden Fall weiterführen möchte, neue Wege gehen.

Neue Wege wird sie nach Ankündigung eines ihrer Mitglieder auch im finanziellen Bereich gehen. Die «Freie Wählerliste» plant nach dieser Aussage eine öffentliche Offenlegung ihrer Finanzen, also die Veröffentlichung ihrer Einnahmen und Ausgaben im Wahlkampf und während der übrigen Zeit. In dieser Beziehung sind die beiden Parteien FDP und VU bisher unterschiedliche Wege gegangen. Die FDP hat an ihren Parteitag jeweils einen Rechnungsbericht des Finanzreferenten vorgelegt, während von der VU nichts dergleichen publiziert wurde. Ob die beiden Parteien mit dem geplanten Vorgehen der «Freien Wählerliste» in einen gewissen Zugzwang geraten, bleibt abzuwarten.

Staatsgelder und Spenden

In bezug auf die Parteienfinanzierung ist man in unserem Lande, bedingt durch laufende Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland, vielleicht auch etwas sensibilisiert worden. Nach dem Abwägen des Aufwandes, der vor allem in einem Wahlkampf sichtbar wird, und dem verhältnismässig geringen Beitrag, den die Parteien aus der Staatskasse erhalten, wird klar ersichtlich, dass unsere Parteien vorwiegend auf Spenden angewiesen sind. Diesbezüglich gibt es bei uns keine gesetzlichen Regelungen, es herrscht in diesem Bereich offensichtlich «freie Marktwirtschaft». Nach Auskunft des Leiters unseres Steueramtes sind Parteispenden in unserem Land steuerlich nicht absetzbar. Nur Unkosten oder Spenden an «soziale Vereinigungen» werden vom Steueramt als absetzbar anerkannt. (G.M.)

KOMMENTAR

Die Frage nach der politischen Realisierbarkeit des Kunsthouses Vaduz macht in immer kürzeren Abständen die Runde. Einige halten wegen der befürwortenden Abstimmung an diesem Projekt im Zentrum von Vaduz noch fest, viele zweifeln trotz der demokratischen Meinungsäußerung des Volkes an der Möglichkeit und auch am Willen, dieses Projekt tatsächlich zu verwirklichen, zumal bereits einige alternative Varianten im Gespräch oder gar schon in Ausarbeitung sind. Die Frage nach der politischen Realisierbarkeit erhält aber vor allem immer wieder Nahrung durch neue Akte des lan-

Rechtsstaatsidee und Wirklichkeit

gen Dramas im juristischen Bereich. Die gesamte Skala der Gerichtsinstanzen ist bisher bemüht worden, um Licht in dieses sonderbare Dunkel zu bringen, wobei ein Ende noch nicht abzusehen ist. Die verschiedenen Gerichtsinstanzen bemühen sich seit längerer Zeit um den gleichen Fall in immer neuen Varianten. Viel Kraft und Zeit, aber auch Nerven sind erforderlich, um auf dieses eine Ziel hinzuwirken.

Doch während die ordentlichen Gerichtsinstanzen mit diesem Fall belastet werden, hat sich der Staatsgerichtshof offenbar entlastet. Seit rund einem Jahr hat der Staatsgerichtshof keinen Entscheid mehr gefällt, während die unerledigten Gerichtssachen, über die entschieden werden sollte, sich anhäufen.

Der Rechtsstaat leidet auch Schaden durch Verzögerungen. Doch dies scheint derzeit zweitrangiger Natur zu sein. Entscheidend ist offenbar für bestimmte Kreise, dass der Staatsgerichtshof auf dem Papier besteht. (G.M.)

Vignette hat sich ausgewirkt

«Markanter Rückgang» des Ausflugsverkehrs aus dem Ausland

Erstmals seit 1980 haben die Einreisen von privaten Motorfahrzeugen aus dem Ausland wieder abgenommen. Wie das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) am Dienstag mitteilte, hat sich dabei insbesondere der kurzfristige Ausflugsverkehr «markant» zurückgebildet. Diese Einbusse könne nicht anders als mit der Einführung der Vignette auf den 1. Januar 1985 erklärt werden.

1985 führen schätzungsweise 55,6 Millionen private Personenwagen vorübergehend in die Schweiz ein. Obwohl die Übernachtungen von Ausländern in der Hotellerie und der Parahotellerie in der gleichen Zeitspanne leicht zunahmen, sanken die Einreisen gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Millionen Fahrzeuge. Dabei verringerten sich die Einreisen aus der Bundesrepublik Deutschland um 0,5 auf 16,3 Millionen und jene der anderen

Nachbarstaaten - ohne Italien - ebenfalls um 0,5 auf 2,0 Millionen. Demgegenüber stiegen die Einreisen aus Italien um 0,3 auf 15,4 Millionen Fahrzeuge an, wie aus der provisorischen Zusammenstellung der Eidgenössischen Oberzolldirektion und des Bundesamtes für Statistik hervorgeht.

Wie EFD-Sprecher Oswald Sigg auf Anfrage erklärte, hat sich der Rückgang vorab im täglichen Ausflugsverkehr ausgewirkt. Da sowohl die Währungs- wie die Wettersituation im vergangenen Jahr keinen Strich durch die Rechnung gemacht habe, könne der Rückgang kaum anders als mit der Vignettenpflicht erklärt werden. Hingegen habe der Transit- und Ferienverkehr keine merklichen Einbusse erlitten. Noch keine Zahlen liegen über die Einreisen von Bussen und Lastwagen vor.

Treffen zwischen Reagan und Aquino?

(spk/dpa) Innerhalb der amerikanischen Regierung gibt es dem Vernehmen nach Überlegungen, zwischen Präsident Ronald Reagan und der neuen Präsidentin der Philippinen, Corazon Aquino, am Rande des Wirtschaftsgipfels der sieben westlichen Industriestaaten Anfang Mai in Tokio ein Treffen zu arrangieren.

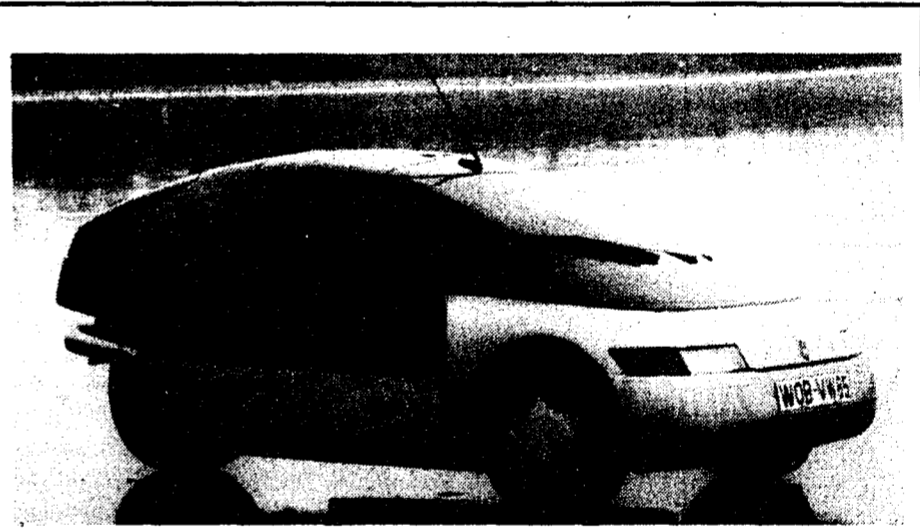
Wie die «New York Times» am Dienstag berichtete, wäre dies aus amerikanischer Sicht zugleich eine Gelegenheit für Gespräche Corazon Aquinos mit weiteren westlichen Regierungen. Am Wirtschaftsgipfel nehmen ausser den USA Japan, Grossbritannien, Frankreich, Italien, Kanada und die Bundesrepublik Deutschland teil. Eine Bestätigung für solche Überlegungen war am Dienstag morgen in Washington nicht zu erhalten.

Es geht ums Geld

In der Behandlungen der Vermögenswerte, die der gestürzte Ferdinand Mar-

cos nach Hawaii mitgebracht hatte, wollen die USA die Forderung Manilas erfüllen und eine genaue Aufstellung der Werte übermitteln. Das amerikanische Außenministerium hatte am Montag bestätigt, die Flugzeugladung - darunter Bargeld von umgerechnet 1,2 Millionen Dollar, Gold und Schmuck - blieben vom Zoll bis zur Klärung beschlagnahmt. Lediglich das persönliche Gepäck sei freigegeben worden. Nach philippinischem Recht bedarf es einer besonderen Genehmigung, um so hohe Geld- und Goldbeträge ausser Landes zu bringen, wie Marcos sie mitgenommen hat.

Ein Richter hat angeordnet, Immobilien im Wert von über 350 Millionen Dollar in New York, die angeblich dem früheren Präsidenten gehören, solange nicht zu verkaufen, bis völlige Klarheit über ihren Besitzer herrscht.



Zur Tradition des Genfer Automobilsalons gehört auch, dass einzelne Marken ihre Zukunftsstudien vorstellen. Volkswagen z. B. ist mit diesem VW-Scooter - einer Dreiradkonstruktion mit zwei angetriebenen Vorderrädern und einem Hinterrad - vertreten. Der besonders windschnittige Scooter ist mit einem Vierzylinder-Ottomotor bestückt, der als 1,05-Liter-Vergaserversion 40 PS oder als 1,4-Liter-Einspritzversion 90 PS leistet. Die Höchstgeschwindigkeiten liegen bei 160 bzw. über 200 km/h.

Genfer Automobilsalon 1986

VOLKSBLATT-Sonderteil mit vielen Auto-Neuheiten

Es ist wieder soweit: Morgen Donnerstag öffnet in Genf zum 56. Mal der Automobilsalon seine Türen. Der diesjährige Salon, der bis einschliesslich 16. März dauert und sicherlich wieder zahlreiche Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner nach Genf locken wird, steht unter dem Motto «Das Auto, ein Jahrhundert des Fortschritts». In der Tat sind ungefähr 100 Jahre vergangen, seit die ersten Automobile in den Handel gelangten.

Und was erwartet die Besucher an der Genfer Autoshow? Bis heute sind nicht weniger als 45 Welt- und 166 Schweizer Premieren angemeldet, darunter 13 neue Automodelle, elf unveröffentlichte Spezialkarosserien und 21 Produkte aus dem Bereich Zubehör, Ersatzteile und Garageneinrichtungen.

Durch die am 1. Oktober 1987 in Kraft tretenden Abgasvorschriften (US-Norm 83) stellen, neben den vollkom-

men neuen Fahrzeugen, die letzten Modelle mit Katalysator den Löwenanteil. Dieser Salon bietet deshalb den Besuchern die günstige Gelegenheit, sich an Ort und Stelle über die neueste Modell-Palette mit Katalysator zu informieren. Den Bezug zum diesjährigen Salon-Motto schafft eine Spezialausstellung, welche den Vorgängern des heutigen Automobils gewidmet ist. Schweizer Sammler haben dafür 22 Oldtimer zur Verfügung gestellt.

Einen Vorgesmack dessen, was Sie in Genf alles erwartet, finden Sie im heutigen VOLKSBLATT-Sonderteil, wo wir Ihnen zahlreiche Auto-Premieren in Wort und Bild präsentieren. Ausführlichere Vorstellungen von aktuellen Auto-Neuheiten folgen dann auf unserer regelmässig erscheinenden Autoseite und natürlich im Rahmen der Ausstellungen, die unsere Garagisten alljährlich im Frühjahr durchführen.